

Zollkonflikt und NATO: Rutte fordert Klarheit für die Sicherheit Europas

Der niederländische Premier Rutte fordert, NATO-Diskussionen von US-Zollpolitik zu trennen, während Trump neue Zölle auf EU-Importe verhängt.

Kiew, Ukraine - Der derzeitige Stand der internationalen Beziehungen, insbesondere im Hinblick auf die Ukraine und den NATO-Konflikt, wird durch eine Reihe aktueller Entwicklungen geprägt. Heute äußerte sich der niederländische Premierminister Mark Rutte zur Zollpolitik der USA und forderte, diese von der Sicherheitsdebatte in der NATO zu trennen. Rutte betonte, dass das Außenministertreffen in Brüssel von den neuen US-Zöllen auf Importe aus der EU, die bei 20 Prozent liegen, überschattet wird. Er wies darauf hin, dass es zwar logisch sei, über die Zölle zu diskutieren, jedoch der Schwerpunkt auf der Verteidigung des NATO-Gebiets liegen sollte. Dies berichtet die **Kleine Zeitung**.

In den letzten Wochen hat sich US-Präsident Donald Trump deutlich positioniert. Nach Beginn seiner zweiten Amtszeit hat er Verhandlungen über eine Waffenruhe in der Ukraine eingeleitet, nachdem er mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert hat. Trump droht mit weiteren Sanktionen gegen Russland, sollte eine Einigung zur Ukraine nicht zustande kommen. Doch Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, dass Russland kein Signal von den europäischen Ländern für Gespräche über den Ukraine-Krieg erhalten habe.

Friedensgespräche und NATO-Strategien

Die Türkei zeigt sich in dieser komplexen Lage als Vermittler.

Außenminister Hakan Fidan hat betont, dass Europa ohne US-Unterstützung keine ausreichenden Sicherheitsgarantien für die Ukraine bieten kann. Ihm zufolge sind die ungewissen Folgen einer Waffenruhe besser, als eine Fortsetzung des Krieges. Die Türkei hat zudem angeboten, direkte Gespräche zwischen Russland und der Ukraine zu organisieren, nachdem vorherige Verhandlungen gescheitert sind.

Ukrainischer Präsident Wolodymyr Selenskij äußerte bei einem Treffen mit Deutschland Außenministerin Annalena Baerbock in Kiew die Hoffnung auf die Lieferung von Marschflugkörpern Taurus. Diese Gespräche sollen weitergeführt werden, solange Friedrich Merz (CDU) das Kanzleramt übernimmt. Selenskij zeigte sich überzeugt, dass Merz eine solche Lieferung in Betracht ziehen werde, während Baerbock klarstellte, dass sie als ausscheidende Ministerin keine Entscheidungen der neuen Regierung vorwegnehmen kann. Die derzeitige Lage wird weiter durch die Weigerung von geschäftsführendem Kanzler Olaf Scholz (SPD) geprägt, der eine Lieferung an die Ukraine ablehnt aus der Angst, Deutschland könnte in den Krieg hineingezogen werden, wie in einem Bericht der **Süddeutschen Zeitung** ausgeführt wird.

Die geopolitischen Spannungen im Blick

Die Ukraine steht weiterhin unter Druck, ihren Anspruch auf die von Russland besetzten Gebiete zu wahren und strebt eine sicherheitspolitische Anbindung an den Westen an. Russland hingegen will die Kontrolle über diese Gebiete behalten, was zu weiteren Spannungen zwischen den Nationen führt. Die Ukraine verlangt zudem eine direkte Beteiligung an Friedensverhandlungen, wird jedoch von Russland abgewiesen. Während sich die USA unter Trump für einen schnellen Waffenstillstand einsetzen, erwarten sie Zugeständnisse von der Ukraine, um Gebietsverluste zu verhindern.

Inmitten dieser Herausforderungen organisieren einige europäische Führer einen Sondergipfel der EU, der für den 6.

März angesetzt ist. Dabei sollen offene Fragen zur Unterstützung der Ukraine und zur europäischen Sicherheit geklärt werden, wie die **Tagesschau** berichtet. Die Frage bleibt, wie Europa auf die geopolitischen Spannungen reagieren kann, während simultan die Verhandlungen in der Ukraine weiterlaufen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Kiew, Ukraine
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.sueddeutsche.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at